

# Protokollauszug

aus der  
29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,  
Soziales und Inklusion  
vom 25.04.2017

---

öffentlich

## **Top 8.6 Information zu Ausschreibungen von Gemeinschaftsunterkünften sowie der überregionalen Beratungsstelle für Geflüchtete**

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert die Ausschreibungsverfahren die neu zu eröffnende Gemeinschaftsunterkunft Marquardter Chaussee zum 01.11.2017, für die Gemeinschaftsunterkünfte An den Kopfweiden, Dortustraße und des Wohnungsverbundes Am Alten Markt/ Hegelallee zum 31.12.2017 und erläutert anhand einer Präsentation die Bewertungsmatrix. Er weist darauf hin, dass am 27.04.2017 zur Erörterung beim Fachbereich Soziales und Gesundheit ein Termin stattfindet, bei dem auch vertiefte Fragen gestellt werden können. Anschließend informiert er über die Ausschreibung des überregionalen Fachberatungsdienstes für die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen. Grund hierfür ist die Vertragsbeendigung zum 31.12.2017 sowie die neue Kooperation der Landeshauptstadt Potsdam und der Stadt Brandenburg an der Havel ab dem 01.01.2018.

Frau Basekow bittet zu prüfen, ob dies die Beratungsstelle ist, die schon vor ca. 2 Jahren ausgeschrieben wurde. Sie bittet, dies als Information ins Protokoll aufzunehmen.

Des Weiteren fragt sie, ob dies eine bestehende Leistung ist, die neu ausgeschrieben wird oder eine neue Leistung. Verliert durch die Ausschreibung möglicherweise ein Träger dadurch einen Auftrag?

Sie bittet um eine Begründung, warum die Landeshauptstadt Potsdam Leistungen mit einer Laufzeit von 1 bis 2 Jahren ausschreibt, als Information mit dem Sitzungsprotokoll.

Frau Schulze hält Einjahresverträge unter sozialen Gesichtspunkten für sehr unverträglich.

Frau Müller schließt sich dem an, auch vor dem Hintergrund der Beziehungen, die in einer derartigen Einrichtung entstehen, da hier Menschen betreut werden.

Herr Thomann betont, dass die LHP eine lange Zusammenarbeit beabsichtigt. Er versichert, dass die LHP kein Interesse daran hat, vorzeitig eine Kündigung auszusprechen.

Auf Nachfrage zum weiteren Verfahren verweist Herr Thomann auf die Beratung am 27.04.2017 an seinem Tisch, an dem Fragen gestellt und Hinweise gegeben werden können. Danach können noch Korrekturen vorgenommen werden. Er betont, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, die Ausschreibung festzulegen und durchzuführen.

Frau Schulze betont, dass sie in der heutigen Sitzung des GSI-Ausschusses hat von dem Erörterungstermin das erst Mal gehört hat. Sie weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder noch weitere Termine wahrzunehmen haben.